

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 33/39  
Telex: 886 846 pobn d



## Inhalt

Renate Schmidt MdB setzt sich mit der Familienpolitik der Bundesregierung auseinander: Falschmünzerei mit Geburtenzahlen. Seite 1

Helmut Wiczorek MdB zieht eine Bilanz der Wende (Teil II): Umverteilung von unten nach oben. Seite 3

41. Jahrgang / 192

8. Oktober 1986

### Falschmünzerei mit Geburtenzahlen

Von einer familienfreundlichen Politik der Bundesregierung kann keine Rede sein

Von Renate Schmidt MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD

Den Anstieg der Geburtenzahlen als Erfolg der Regierung zu verkaufen, dazu ist schon eine gehörige Portion Chuzpe notwendig.

Anlässlich einer Pressekonferenz in der Sommerpause wagte Ministerin Süßmuth zu Recht noch nicht den leichten Anstieg der Geburtenzahlen als Ergebnis angeblich familienfreundlicher Gesetzgebung zu bezeichnen. Ausgerechnet anlässlich einer Privataudienz beim Papst ließ sie diese Hemmungen fallen.

Tatsache ist, daß die Geburtenzahlen im ersten Halbjahr 1986 um 5,2 Prozent gestiegen sind. Tatsache ist auch, daß es derartige Steigerungen auch schon zum Beispiel 79/80 um 6,6 Prozent gegeben hat, ohne daß die SPD jemals den Versuch unternommen hatte, dies auf Gesetzgebungsmaßnahmen zurückzuführen.

Die diesjährigen Geburtensteigerungen erklären sich unter anderem dadurch, daß die Zahl der geburtenstarken Frauenjahrgänge ins sogenannte gebärfähige Alter kommen und zum anderen natürlich auch die einjährige Diskussion um das Erziehungsgeld.

Auch in unseren Nachbarstaaten haben Diskussionen über familienpolitische Leistungen dazu geführt, daß Kinderwünsche bis zum Abschluß der Gesetzgebungsverfahren zurückgestellt wurden. Nach dem radikalen Zusammenstreichen des Mutterschaftsurlaubsgeldes wird selbstverständlich das Erziehungsgeld von vielen als Verbesserung gesehen. Darauf weist auch die extrem niedrige Geburtensteigerung um 0,6 Prozent 1985 hin.

Der Kinderboom in unseren Nachbarländern folgte nach Einführung der gesetzlichen Maßnahmen bald eine Kinderbaisse. Warum dies bei uns anders sein sollte, ist nicht ersichtlich, denn von einer familienfreundlichen Politik der Bundesregierung kann keine Rede sein.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag. -  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verstärkter Umweltschutz  
mit wertvollem Recycling-Papier



Alle Leistungen für die Familie, das viel gelobte Zehn-Milliardenpaket wiegt die Kürzungen von 20 Milliarden für die Familien in dieser Legislaturperiode nicht auf.

Dies äußern von Caritas und EAF bis Arbeiterwohlfahrt und katholischem Familienverband alle nennenswerten Familienorganisationen. Die Äußerungen entlarven auch die Beteuerungen, nicht Bevölkerungspolitik, sondern Familienpolitik betreiben zu wollen. Ziel der Familienpolitik ist es, Hinderungsgründe zu beseitigen, die der Erfüllung vorhandener Kinderwünsche entgegenstehen. Ziel von Bevölkerungspolitik der CDU/CSU ist es, Geburten der deutschen Bevölkerung zu steigern, also Kinderwünsche versuchen zu erwecken.

Dieses zweite Ziel ist in einer Zeit der Überbevölkerung der Erde mehr als fragwürdig. Kinder gibt es auf dieser Welt genug und mir persönlich ist es egal, ob meine Enkelinnen einmal einen Thomas, einen Giovanni oder einen Sevki lieben werden.

Sowohl die Familienpolitik als auch die Bevölkerungspolitik dieser Regierung werden scheitern.

- Die Familienpolitik, weil die Hinderungsgründe für die Nichterfüllung von Kinderwünschen, Jugendarbeitslosigkeit, Massenarbeitslosigkeit, Gefährdung durch Kernenergie, Umweltzerstörung, der Zwang für Frauen sich für Kinder und damit gegen den Beruf zu entscheiden, durch geeignete gesetzliche Maßnahmen von dieser Regierung nicht beseitigt werden.
- Die Bevölkerungspolitik, weil zehn oder zwölf Monate Erziehungsgeld ohne ausreichenden Kündigungsschutz und ein verworrenes ungerechtes Kindergeldsystem keinen Anreiz bieten können, Kinder in die Welt zu setzen. Wir werden ab 1987 alles tun, um die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die Männern und vor allem Frauen den Mut machen, ihre Kinderwünsche zu erfüllen.

Das beginnt mit einem gerechten Kinderlastenausgleich, der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Unterstützung von Familien mit Kindern in Ausbildung und vor allem mit Möglichkeiten für Frauen und Männer, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Wir wollen nicht erst Frauen aus dem Beruf herausschubsen, um sie dann mühsam oder nie wieder einzugliedern. Sozialdemokraten sehen mit Sorge die „Versinglerung“ der Gesellschaft. Dieser ist mit angeblichen Erfolgsmeldungen über Geburtensteigerungen und Pseudokompetenzen für eine Familienministerin nicht beizukommen.

(-/8.10.1986fr/rs)

\* \* \*



Bilanz der Wende (Teil I)

Umverteilung von unten nach oben

Von Helmut Wieczorek MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

1. Unsoziale Sparpolitik

Versprochen war viel:

Das soziale Netz sollte durch eine „Atempause“ in der Sozialpolitik gesichert und die dazu notwendigen Opfer auf alle Bürger sozial gerecht verteilt werden.

Dr. Kohl am 13. Oktober 1982 im Deutschen Bundestag: „Diese Politik der Erneuerung ist der einzige erfolgversprechende Weg, um auch die finanziellen Fundamente unseres sozialen Netzes zu festigen. Dafür müssen wir unseren Mitbürgern Opfer zumuten. Dafür brauchen wir ihre Bereitschaft zur Solidarität. Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik. Das, was Rentnern, Sozialleistungsempfängern, Beamten und anderen zugemutet werden muß, muß für alle gelten.“

Dr. Kohl am 14. Dezember 1982 im Deutschen Bundestag: „Wir wollen nicht, daß Mittel, die von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, auf Bürger verteilt werden, die selbst leistungsfähig sind.“

Gehalten wurde dies:

Die Sparpolitik dieser Bundesregierung war in höchstem Maße unsozial. Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten und Familien hatten 1983 bis 1985 soziale Belastungen von über 60 Milliarden DM zu tragen. Die wichtigsten Beispiele sind:

- Kürzungen beim Arbeitslosengeld und Beitragserhöhungen in der Arbeitslosenversicherung
- verringerte und verzögerte Rentenanpassungen
- Einbeziehung von Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld und Krankengeld in die Beitragspflicht
- Kürzungen der Leistungssätze beim Mutterschaftsurlaub und beim Kindergeld
- Krankenversicherungsbeitrag der Rentner
- Senkung der Beitragsbemessungsgrundlage für Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitslosen
- Null-Runde im öffentlichen Dienst
- Streichung des Schüler-BAföG.

Dagegen kamen die Besserverdienenden ungeschoren davon. Entgegen den Wahlversprechen der Regierungskoalition wurde ihnen sogar vorzeitig die Zwangsanleihe zurückgezahlt. Die FDP hat jetzt schon wieder gesetzliche Ausgabekürzungen für die nächste Legislaturperiode angekündigt. Offensichtlich will sie damit die Senkung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener finanzieren. Die Umverteilung von unten nach oben würde damit in noch größerem Stile fortgesetzt.



## 2. Umstrukturierung des Haushalts

Versprochen worden war dies:

Der Bundeshaushalt sollte in Richtung zukunftswirksamer Ausgaben umstrukturiert werden.

Dr. Stoltenberg am 10. November 1982 im Deutschen Bundestag: „Vorrangig sind zukunftsweisende, zukunftswirksame Ausgaben mit beschäftigungs- und investitionswirksamen Effekten. Einschränkungen müssen wir dagegen die konsumtive, ausschließlich die Gegenwart begünstigende Mittelverwendung...“

Dr. Stoltenberg am 7. September 1983 im Deutschen Bundestag: „Gleichzeitig bedeutet Konsolidierung für uns auch in Zukunft die weitere Umschichtung der öffentlichen Ausgaben.“

Gehalten wurde dies:

Die Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich wurden massiv zusammengestrichen. Während die Ausgaben des Bundes 1982 bis 1985 um fünf Prozent angestiegen sind, haben die Ausgaben für soziale Sicherung um vier Prozent abgenommen. Das bedeutet

- 2 1/2 Milliarden DM weniger Kindergeld
- 600 Millionen DM weniger Mutterschaftsurlaubsgeld
- 500 Millionen DM weniger für die Kriegsopferversorgung
- fast eine Milliarde DM weniger für BAföG
- 7 Milliarden DM weniger Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung.

Durch die Kürzungen im Bereich der Arbeitsförderung sind gleichzeitig die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe überproportional angestiegen.

Erhöht haben sich vor allem die Ausgaben für Verteidigung, Wirtschaft und Landwirtschaft. Sie sind im Gegensatz zu den Ausgaben im Sozialbereich überdurchschnittlich ausgeweitet worden. Diese Politik setzt sich in den Jahren 1986 und 1987 fort. Die Ausgaben für die soziale Sicherung steigen geringer als der Gesamthaushalt, die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft gehen zurück, während die Etats des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministers geradezu explodieren.

Von einer Umstrukturierung in Richtung zukunftswirksamer Ausgaben kann keine Rede sein.

Sachverständigen-Sondergutachten Sommer 1985, Teilziffer 29: „Die Umstrukturierung der Staatsausgaben ist in die falsche Richtung gelaufen.“

## 3. Investitionen verkommen

Versprochen worden war dies:

Öffentliche und private Investitionen sollten verstärkt werden.

Dr. Kohl am 13. Oktober 1982 im Deutschen Bundestag: „Wir wollen vor allem Arbeitsplätze schaffen und erhalten, indem wir die privaten und öffentlichen Investitionen anregen.“

Dr. Stoltenberg am 13. Oktober 1982 im Deutschen Bundestag zum Haushaltsentwurf 1983 der sozialliberalen Koalition: „Vor allem aber bedeutet diese Beschlußlage, daß nach ihren Entscheidungen die schlimme Talfahrt der realen öffentlichen Investitionen des Bundes weitergegangen wäre. Unter der Verantwortung sozialdemokratischer Bundeskanzler und Finanzminister ist ja diese Investitionsquote von 18,4 Prozent auf - nach Ihrem Beschluß - 13,1 Prozent im Jahr 1983 abgesunken. Nach Ihren Entscheidungen würden 1983 also rund 13 Milliarden DM weniger an Investitionsförderungsmitteln und Investitionen des Bundes zur Verfügung stehen als bei einer gleichförmigen Politik in der Gewichtung, wie wir sie bis 1969 betrieben haben.“



Gehalten wurde dies:

Die realen öffentlichen Investitionen sind bis 1985 laut Statistischem Bundesamt nicht angewachsen, sondern zurückgegangen. Während sie 1982 noch bei 43 1/2 Milliarden DM lagen, waren 1985 nur noch 39,1 Milliarden DM zu verzeichnen.

Der Anteil der realen öffentlichen und privaten Investitionen am Sozialprodukt ist ebenfalls zurückgegangen und wird - selbst wenn sich die optimistischen Schätzungen der Wirtschaftsinstitute bestätigen sollten - 1986 niedriger liegen als im Jahre 1982.

Der Anteil der Investitionen des Bundes an den gesamten Bundesausgaben lag 1985 unter dem Anteil von 1982 und soll laut Planung bis 1987 weiter zurückgehen. Bis 1990 soll der Anteil der Investitionen des Bundes an den Gesamtausgaben auf nur noch 11,9 Prozent einbrechen: ein historischer Tiefstand in der Finanzgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die von Dr. Stoltenberg im Jahre 1982 monierte „Investitionslücke“ von 13 Milliarden DM ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Sie wird 1987 auf 15 Milliarden DM anwachsen und 1990 nach derzeitiger Planung fast 20 Milliarden DM betragen.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung am 3. April 1986: „Die hier dargelegten Strukturverschiebungen zeigen eindrucksvoll, daß die Konsolidierung zu Lasten der Zukunft gegangen ist. Statt sich den neuen Aufgaben, insbesondere der Umweltsicherung zu stellen, zehrt der Staat vom früheren hohen Niveau der Infrastrukturinvestitionen und verlagert Kosten auf die nächste Generation.“

#### 4. Subventionen explodieren

Versprochen worden war dies:

Die Subventionen sollten um mindestens fünf Prozent gekürzt werden.

Dr. Häfele am 17. September 1981 im Deutschen Bundestag: „Darüber hinaus haben wir den Vorschlag gemacht, alle Ausgaben aufgrund von Subventionen und Leistungsgesetze um fünf Prozent zu kürzen.“

Dr. Kohl am 19. Januar 1982 im Deutschen Bundestag: „Ich erinnere an den Vorschlag der fünfprozentigen Kürzung, einen Vorschlag, der nicht so dahingesagt war.“

Dr. Kohl am 19. April 1982 im Deutschen Bundestag: „Gehen Sie davon aus, daß das, was wir in der Opposition über lineare Kürzungen der Subventionen und Leistungsgesetze gesagt haben, auch für den Fall der Regierungsübernahme gilt.“

Dr. Stoltenberg am 11. September 1985, auf die früheren Vorschläge vom linearen Subventionsabbau angesprochen: „Sie wissen, daß es solche Vorschläge und Überlegungen in den früheren Jahren gegeben hat. Wir sind nach sorgfältiger Prüfung der Probleme, weil man in der Regierungsverantwortung noch ständig dazulernt, zu dem Ergebnis gekommen, daß es besser ist, Subventionen gezielt zu kürzen.“

Dr. Stoltenberg am 28. Oktober 1985 im NDR: „...Ich bin bereit, nicht nur drei bis vier, sondern auch acht bis zehn Milliarden DM Steuervergünstigungen auch dann zum Abbau vorzuschlagen, wenn wir uns verständigt haben auf eine große Steuerreform, die den durchgehenden linearen Tarif bringt.“

Gehalten wurde dies:

Die Subventionen des Bundes sind nicht um fünf Prozent gekürzt, sondern 1987 gegenüber 1982 um 30 Prozent ausgeweitet worden. Die Steuersubventionen von Bund, Ländern und Gemeinden sind im gleichen Zeitraum um mehr als 15 Milliarden DM angewachsen. Das ist ein Zuwachs von 50 Prozent. In diesen Zahlen schlagen sich insbesondere die Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft nieder, die hauptsächlich den landwirtschaftlichen Großbetrieben zugute kommt; darüber hinaus agrarsoziale Ergänzungsmaßnahmen, sowie die Abschreibungsverbesserungen für Wirtschaftsgebäude.

Noch im letzten Jahr hat der Bundesfinanzminister bei der Präsentation des Haushalts 1986 der Öffentlichkeit seine Planung hinsichtlich der Subventionen bis 1989 präsentiert. Jedes Jahr sollten



durchschnittlich 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr eingespart werden. Schon kurze Zeit später waren die Zahlen für 1986 Makulatur. Jetzt erweist sich, daß auch die Zahl für 1987 in Höhe von 12,8 Milliarden DM nur heiße Luft war, denn mit dem Haushaltsentwurf 1987 werden die Finanzhilfen nicht auf 12,8 Milliarden DM abgesenkt, sondern auf über 15 Milliarden DM ausgeweitet.

Um die Mißerfolge beim Subventionsabbau zu verschleiern, wird jetzt schon wieder Milliarden-Abbau für die nächste Legislaturperiode versprochen. Wer soll das noch glauben?

Sachverständigenrat 85/86, Teilziffer 258 bis 260: „Der eklatante Mißerfolg beim Subventionsabbau kann heute nicht mehr an Unkenntnis der Subventionsfolgen liegen. Es mangelt an politischer Durchsetzungskraft.“

#### 5. Bundesbankgewinne: Früher verteuelt, heute Selbstverständlichkeit

Versprochen worden war dies:

Dr. Häfele am 29. Oktober 1981 im Deutschen Bundestag: „Volkswirtschaftlich gesehen ist die Vereinnahmung von Bundesbankgewinnen genau das gleiche, wie wenn die Neuverschuldung aufgestockt würde.“

„Das ist schädlich für unsere wirtschaftliche Entwicklung, für die Investitionen, für die Zinsen, für den Geldwert und für die Arbeitsplätze. Es ist die Vertagung der Sanierung der öffentlichen Haushalte auf weitere Jahre.“

Dr. Leisler-Kiep am 20. Januar 1982 im Deutschen Bundestag: „... Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß Sie mit dieser Einbeziehung des Bundesbankgewinns in den Haushalt 1982 praktisch eine Zeitbombe in diesen Haushalt gelegt haben, die früher oder später zu Maßnahmen führen muß, diesen Bundesbankgewinn, von dem wir ja hoffen, daß er zurückgeht, in den kommenden Jahren zu ersetzen.“

Dr. Stoltenberg am 5. Mai 1983 im Deutschen Bundestag: „Man kann doch wohl bei dieser Eröffnungsbilanz für eine neue Regierung nicht ernsthaft kritisieren, daß wir den (Bundesbankgewinn) einstellen und vorübergehend zur Defizitdeckung verwenden.“

Finanzplan 1984 bis 1988 der Bundesregierung; Zitat: „Die Grundsätze einer soliden Finanzpolitik erfordern nicht nur den Risiken der Gewinnentwicklung auf diese Weise Rechnung zu tragen, sondern auch, sich nicht auf Dauer auf hohe jährliche Bundesbankgewinne einzurichten.“

Gehalten wurde dies:

Der Bundesfinanzminister hat in vier Jahren seiner Amtszeit 1983 bis 1986 fast 50 Milliarden DM Bundesbankgewinne im Bundeshaushalt vereinnahmt. Bis 1990 werden es nach der mittelfristigen Finanzplanung 73 Milliarden DM sein. Der sozialliberalen Koalition standen in 13 Jahren Amtszeit dagegen nur etwas über 13 Milliarden DM Bundesbankgewinne zur Verfügung.

Während die sozialliberale Koalition lediglich im Finanzplan 1982 bis 1986 einmal für zwei Jahre Bundesbankgewinne eingestellt hatte, hat sich der Bundesfinanzminister entgegen seinen Ausführungen auf jährlich hohe Bundesbankgewinne eingerichtet. In seiner Studie Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik rechnet er auch 1990 bis 1995 noch mit 25 Milliarden DM Bundesbankgewinn. Die von Dr. Stoltenberg beschworene vorübergehende Verwendung zur Defizitdeckung ist zum Dauerzustand geworden.

Die von Herrn Leisler-Kiep zitierte Zeitbombe ist für den Haushalt 1987 zum ersten mal gezündet worden. Kaum gehen die Bundesbankgewinne zurück, steigen die neuen Schulden wieder an.

Damit zeigt sich, daß die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Bundeshaushalt lediglich auf die jährlich hohen Bundesbankgewinne zurückzuführen und auf Sand gebaut war.

Wie von Herrn Kiep vorausgesagt, müssen jetzt Maßnahmen getroffen werden, den Bundesbankgewinn zu ersetzen. Für 1987/88 will Dr. Stoltenberg dafür wertvolles Bundesvermögen verschreiben. Aber Bundesvermögen kann man nur einmal verkaufen. Wie es weitergehen soll, bleibt offen.

(-/8.10.1986/rs/ks)

\* \* \*

(Teil III und Schluß veröffentlichen wir in unseren morgigen Ausgabe.)